

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 61/0673/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 24.04.2023
		Verfasser/in: Dez III/FB 61/010
Genehmigung der Niederschrift vom 20.04.2023		
Ziele: Klimarelevanz		
keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
11.05.2023	Mobilitätsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 20.04.2023.

Erläuterungen:

N i e d e r s c h r i f t
Sitzung des Mobilitätsausschusses

25. April 2023

Sitzungstermin: Donnerstag, 20.04.2023
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:13 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsfrau Monika Annette Wenzel

Ausschussvorsitzende

Ratsherr Peter Blum

Ratsherr Sebastian Becker

Vertretung für: Ratsfrau Renate
Wallraff

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsherr Wilfried Fischer

Ratsherr Daniel Hecker

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsherr Tjark Zimmer

Herr Burkhard Fahl

MA/27/WP18

Ausdruck vom: 25.04.2023

Seite: 1/16

Herr Christian Hofmann

Herr Jörg Hans Lindemann

Herr Dr. Andreas Nositschka

Frau Leona Piana

Vertretung für: Herrn Stefan Dussin

Herr Nicolai Vincent Radke

Herr Dr.-Ing. Jan van den Hurk

Herr Jörg Veltrup

Vertretung für: Frau Ye-One Rhie

Herr Rolf Winkler

Frau Caline Strack

von der Verwaltung:

Frau Beigeordnete Frauke Burgdorff

Frau Isabel Strehle

Herr Uwe Müller

Frau Silke Roder

Herr Gert Kempf

Herr Daniel Schuster

Herr Harald Beckers

Frau Maike Klein

Frau Daniela Rüdell

Frau Gisela Weiß

Herr Sven Schniedermann

Herr Michael Pielen

Herr Pablo Plum

als Schriftführerin:

Frau Silke Retterath

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift vom 23.03.2023**
Vorlage: FB 61/0660/WP18

- 3 **Napoleonsberg: Instandsetzung der Inde-Stützwand 2. BA sowie Prüfung der Machbarkeit einer Radverkehrsführung zwischen der Fußgängerbrücke zum Benediktusplatz und der Brücke zum Korneliusmarkt**
Hier: Antrag der CDU Fraktion vom 11.11.2020
Vorlage: E 18/0126/WP18

- 4 **Lastenradförderprogramm - Start des dritten Förderzeitraums**
Vorlage: FB 61/0637/WP18

- 5 **"Harmonisierung von Asset-Daten in einem Kommunalen Infrastruktur-Zwilling zur effizienten Gestaltung von Planungs- und Baumaßnahmen" - Vorstellung des Förderprojektes „Kom.IT“**
Vorlage: FB 61/0627/WP18

- 6 **Kampagne Mobilitätswende: Auftaktpräsentation**
Vorlage: FB 61/0650/WP18

- 7 **Turmstraße (im Abschnitt Roermonder Straße bis Pontwall): Anpassung der Straßenraumaufteilung**
Vorlage: FB 61/0646/WP18

- 8 **Jülicher Straße (hier: Neuer Querschnitt nach Asphaltmaßnahme zwischen Hansemannplatz und Blücherplatz)**
Hier: Planungs- und Ausführungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0599/WP18

- 9 **Kleinköln-, Minoriten- und Martinstraße- Freigabe der Einbahnstraßen für den Radverkehr (Planungs- und Ausführungsbeschluss)**
Vorlage: FB 61/0649/WP18
- 10 **Sachstandsbericht Radentscheid**
Vorlage: FB 61/0655/WP18
- 11 **Pilotversuch kleine Fahrradabstellanlagen im Quartier**
Bürgerantrag zu gesichertem Fahrradparken im Johannistal
Vorlage: FB 61/0652/WP18
- 12 **Horbacher Straße in Richterich und Horbach: Querungsmöglichkeiten für den Radverkehr**
Vorlage: FB 61/0622/WP18
- 13 **Städtebaulicher Vertrag Geschwister-Scholl-Straße**
Bereitstellung überplanmäßiger Mittel
Vorlage: FB 61/0651/WP18
- 14 **Leitsystem auf Fußgängerübergangswegen, Tagesordnungsantrag der Fraktionen SPD und Grüne**
Vorlage: FB 61/0656/WP18
- 15 **Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 **Mehr Verkehrssicherheit an Grundschulen**
Ratsantrag 225/18 der Fraktionen Grüne und CDU vom 08.02.2022
Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 06.04.2023

Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen der Verwaltung:

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Wenzel eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sodann begrüßt sie Frau Strack als Vertreterin der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe.

Herr Lindemann beantragt, die TOPs 9 und 11 zu vertagen, da die Bezirksvertretung Mitte in ihrer Sitzung am 19.04. ebenfalls keine Beratung vorgenommen habe. Dies wird einstimmig angenommen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift vom 23.03.2023

Vorlage: FB 61/0660/WP18

Herr Fahl merkt ergänzend zu der Niederschrift zu TOP 13 an, dass er zu den Beschlüssen der Kommission Barrierefreies Bauen ebenfalls zu Protokoll gegeben habe, dass die Beschlüsse derzeit erst zu spät versandt würden bzw sogar erst als Tischvorlage ausgelegt würden.

Herr van den Hurk gibt an, dass er unter TOP 17 mit dem Begriff „fahrradfrei“ zitiert werde, gemeint sei allerdings „Fahrrad frei“.

Beschluss:

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 23.03.2023.

Abstimmungsergebnis:

MA/27/WP18

Ausdruck vom: 25.04.2023

Seite: 5/16

Einstimmig bei drei Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

zu 3 Napoleonsberg: Instandsetzung der Inde-Stützwand 2. BA sowie Prüfung der Machbarkeit einer Radverkehrsführung zwischen der Fußgängerbrücke zum Benediktusplatz und der Brücke zum Korneliusmarkt

Hier: Antrag der CDU Fraktion vom 11.11.2020

Vorlage: E 18/0126/WP18

Frau Weiß vom Aachener Stadtbetrieb präsentiert kurz einige Fotos zur Verdeutlichung der Zustände. Ratsherr Fischer spricht ihr seinen Dank aus und regt an, einen weiteren Prüfauftrag an die Verwaltung zu erteilen, wie man den Radverkehr an dieser sehr engen Stelle besser schützen kann. Denkbar sei aus seiner Sicht bei einer Optimierung des Ortskerns auch eine Umleitung durch den selbigen. Die Zwischenergebnisse sollten dann bei Zeiten wieder dem Ausschuss präsentiert werden. Ob der Aachener Stadtbetrieb mit dem Fachbereich 61 zusammen gearbeitet habe, möchte Herr van den Hurk wissen, was von Frau Weiß bejaht wird.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Fortsetzung der Planung, vorbehaltlich der Rechtskraft des Haushalts 2023.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 4 Lastenradförderprogramm - Start des dritten Förderzeitraums

Vorlage: FB 61/0637/WP18

Herr Plum vom FB 61 stellt das Programm vor.

Die darin enthaltene soziale Staffelung ist aus Sicht von Herrn Radke sinnvoll. Er fragt nach, ob es auch möglich sei, ein beim Händler gebraucht gekauftes Rad fördern zu lassen.

Eine solche Konstellation sei zwar derzeit noch nicht vorgesehen, aber durchaus denkbar, erwidert Herr Plum.

Frau Strack begrüßt, dass Menschen mit Behinderungen und die entsprechenden Spezialräder künftig berücksichtigt würden. Sie würde gerne wissen, ob hierfür die gleichen Einkommensgruppen herangezogen würden und plädiert dafür, die oft höheren Ausgaben für Medikamente und ähnliches mit

MA/27/WP18

Ausdruck vom: 25.04.2023

Seite: 6/16

zu berücksichtigen. Außerdem solle man wie überall sonst auch das Pflegegeld bei der Berechnung des Einkommens außen vor lassen.

Herr Plum berichtet, dass man bei der Berücksichtigung der besonderen Belange momentan noch ganz neue Wege gehe und daher noch nicht auf Erfahrungen aus anderen Kommunen zurück greifen könne. Bezüglich des Einkommens gälten hier individuelle Prüfvorgänge und nicht die gezeigte Tabelle für Familien.

Auch Herr van den Hurk begrüßt das Programm und sieht es als einen großen Erfolg. Auch die neu aufgenommene Förderung von Anhängern sei aus seiner Sicht genauso sinnvoll wie die soziale Staffelung.

Er möchte gerne wissen, ob die Möglichkeit bestehe, künftig früher im Jahr mit dem Programm zu starten um auch die ganze Radsaison abzudecken.

Man sei zwar an den Haushalt gebunden, erklärt Herr Plum, allerdings sei dieser in diesem Jahr ja durchaus bereits vor einigen Wochen verabschiedet worden, so dass sein Ziel sei, im nächsten Jahr früher zu starten.

Ratsherr Becker erkundigt sich, ob man für den letzte Förderzeitraum erfasst habe, wie die Einkommen der Antragssteller verteilt seien.

Dies sei nicht der Fall, so Plum. Allerdings könne man sagen, dass der Anteil der Aachen Pass Inhaber lediglich bei 3-5% gelegen habe.

Hierauf bezieht sich Ratsfrau Breuer mit ihrem Beitrag, dass sich aus ihrer Sicht viele das Lastenrad auch ohne Förderung hätten leisten können. Am fairsten sei es daher für ihr Empfinden, wenn die Förderung nur die Familien erhielten, die auch ihr Auto abgeschafft hätten.

Darüber habe man bereits nachgedacht und Erkundigungen eingeholt, berichtet Herr Plum, allerdings sei es juristisch nur sehr schwer überprüfbar und man habe sich deshalb dagegen entschieden.

Für Herrn Hofmann gehören zu einer sozialen Staffelung viel mehr Umstände, als lediglich das Bruttojahreseinkommen. Man müsse sich beispielsweise die räumlichen Gegebenheiten zur Unterstellung eines solch teuren Rades anschauen.

Ratsherr Hecker fragt sich indes, ob man die soziale Staffelung nicht eher weiter nach unten schieben könne.

Man solle erst einmal so starten und könne bei Bedarf immer noch nach justieren, plädiert Ratsherr Neumann.

Auch die Ausschussvorsitzende Wenzel dankt noch einmal für das tolle Projekt, mit dem die Stadt eine Vorreiterrolle einnehme.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt als Beitrag des IKSK (Maßnahme 4.3.1), die Fortführung des städtischen Förderprogramms zur Beschaffung von

Lastenfahrrädern für Familien mit Kindern im Rahmen der geänderten Förderrichtlinie.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 5 "Harmonisierung von Asset-Daten in einem Kommunalen Infrastruktur-Zwilling zur effizienten Gestaltung von Planungs- und Baumaßnahmen" -

Vorstellung des Förderprojektes „Kom.IT“

Vorlage: FB 61/0627/WP18

Herr Pielen und Herr Schniedermann vom FB 61 präsentieren zum Thema.

Ausschussvorsitzende Wenzel möchte gerne wissen, ob man nach Abschluss des Projektzeitraums von 3 Jahren denn auch schon Ergebnisse sehen könne.

Dies wird von Herrn Pielen bejaht, auch wenn man sicherlich über den Projektzeitraum hinaus denke.

Das Programm mit seinen Daten gebe einem Handlungsmacht so Herr van den Hurk. Schließlich müsse auch jetzt schon viel erneuert werden.

Er frage sich jedoch, wer alles Zugriff auf die Daten habe.

Dies sei zunächst nur die Verwaltung erklärt Herr Pielen. In einem zweiten Schritt würden einzelne Datensätze freigegeben. Hierfür und insgesamt würden im Kontext des Projektes auch die Haftungsrechtlichen Fragen, die mit der offenen Verwendung der Daten einhergehen, geprüft.

Das Programm passe gut zu dem bereits vorgestellten Mängelmelder findet Ratsherr Neumann. Man solle jedoch im Idealfall nicht nur die Floating Car Daten nutzen, sondern auch die Daten anderer Nutzer*innengruppen.

Herr Nositschka erkundigt sich, inwiefern vorgesehen ist, künftig auch nach dem Abschluss einer Baustelle die Daten dort einzuspeisen um ein lernendes System zu erhalten.

Dies sei derzeit noch nicht genauer geplant, antwortet Herr Schniedermann. Es sei aber sicher hilfreich zu gegebener Zeit auch diese Daten dort zu erfassen.

Ratsherr Fischer möchte gerne wissen, wie die Fördermittel dieses Projekts aufgeteilt sind und wie vollständig die Daten der Leistungsnetzträger seien, da ja keine Verpflichtung zur Datenbereitstellung bestehe. Außerdem frage er sich, ob die Daten dann bis zu den Hausanschlüssen reichten und ob man das Ganze mit den Daten zu den Konzessionen verknüpfen könne.

40% der Fördermittel seien für Personalkosten vorgesehen erläutert Herr Pielen, der Rest teile sich auf Bürgerbeteiligung, Rechtsgutachten, Kosten für Anwendungen und Visualisierungen.

Ergänzend führt Herr Schniedermann an, dass die Regionetz als Partner verpflichtet sei, die Daten zur Verfügung zu stellen und man darauf hoffe, die privaten Unternehmen mit den Vorteilen der Synergieeffekte zu überzeugen.

Erstmal wolle man sich allerdings auf die Projektpartner konzentrieren.

MA/27/WP18

Ausdruck vom: 25.04.2023

Seite: 8/16

Frau Strehle zeigt sich ebenfalls begeistert von dem Projekt und erhofft sich einen erheblichen Mehrwert für die tägliche Arbeit.

Das Thema der Konzessionen werde man dabei sukzessive rechtssicher mit einbauen.

Ratsfrau Breuer möchte wissen, ob man mit diesen Daten, die nun in dem neuen Programm erhoben würden, das derzeitige Baustellenchaos auf den Straßen hätte vermeiden können.

Man dürfe jedoch nicht vergessen, dass derzeit ein Sanierungsstau von ca. 20 Jahren abgearbeitet werde. Sie erhoffe sich allerdings eine grundständig bessere Möglichkeit der Bewertung des Bestandes durch die zukünftigen Daten.

Herr Veltrup wünscht den Kollegen einen erfolgreichen Projektverlauf. Man habe bereits vor rund 10 Jahren einen ähnlichen Aufschlag gemacht, der damals leider nicht richtig umgesetzt werden konnte.

Auch Herr Hofmann begrüßt das Projekt, möchte allerdings gerne wissen, wie man technisch die Zustände der Kanäle messbar machen wolle.

Beigeordnete Burgdorff erklärt, dass man dieses Wissen sukzessive aufbauen und anwenden werde.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 6 Kampagne Mobilitätswende: Auftaktpräsentation

Vorlage: FB 61/0650/WP18

Herr Innerebner, Frau Jahneke und Herr Reimann stellen die Kampagne nach einer kurzen Einleitung durch Frau Beigeordnete Burgdorff vor. Diese appelliert an den Ausschuss, dass diese Präsentation eine breite politische Mehrheit brauche.

Unterstützt wird sie dabei von der Ausschussvorsitzenden Frau Wenzel, die ebenfalls darauf hinweist, dass es hierbei wichtig sei, eine gute Kommunikation zu leben.

Ratsherr Neumann sieht hier über alle Fraktionen hinweg eine große Schnittmenge bei der künftigen Richtung der Stadt.

Auch er findet es wichtig, dass die Kampagne deutlich und allgegenwärtig sichtbar werde.

Die Einzelnen müssten gegebenenfalls auch wieder lernen, Veränderungen zu lassen, empfindet Herr van den Hurk. Während es für den Ausschuss an der Tagesordnung sei, sei eine Veränderung des eigenen Mobilitätsverhaltens für einige Bürger*innen auch eine große Herausforderung.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 7 Turmstraße (im Abschnitt Roermonder Straße bis Pontwall): Anpassung der Straßenraumaufteilung

Vorlage: FB 61/0646/WP18

Ratsherr Neumann sieht in dem Vorschlag der Verwaltung eine gute Entwicklung und Verbesserung. Er habe jedoch die Bitte, für die Breite der Gehwege Lösungen zu finden und auch den Baumschutz zu beachten.

Herr Lindemann würde gerne dem Vorschlag der Verwaltung folgen. Allerdings signalisiert er auch Zustimmung für den Prüfauftrag bezüglich der Gehwegbreiten.

Zudem hätte er gerne von der Verwaltung einen realistischen Zeitraum für den Verkehrsversuch angegeben.

Frau Strack begrüßt ebenfalls die Haltung des Ausschusses zum Thema Gehwege und verweist diesbezüglich auch auf entsprechende Gerichtsurteile.

Herr Müller gibt auf Wunsch von Herrn Lindemann eine kurze Übersicht über die zeitliche Planung der Verwaltung.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt den Verkehrsversuch mit dem Verbot der Einfahrt vom Alleering in die „Kleine“ Turmstraße sowie eine Ausweisung der Fahrradstraße in der „Kleinen“ Turmstraße.

Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, durch geeignete Maßnahmen eine Nutzbarkeit des östlichen Gehwegs auf voller Breite sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 8 Jülicher Straße (hier: Neuer Querschnitt nach Asphaltmaßnahme zwischen Hansemannplatz und Blücherplatz)

Hier: Planungs- und Ausführungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0599/WP18

Die Dringlichkeit der Sanierung sei bereits diskutiert und beraten, so Ratsherr Neumann. Immerhin komme der Jülicher Straße bei der anstehenden A544 Sperrung eine große Bedeutung zu. Daher wolle man gerne eine neue Variante prüfen lassen, die zwei Busse in Mittellage vorsieht.

Außerdem solle geprüft werden, ob die Bushaltestelle in Richtung Stadtmitte verlagert werden könne.

Derzeit sei die Jülicher Straße für den Busverkehr noch unterdurchschnittlich, so Herr van den Hurk. Es bestehe akuter Handlungsbedarf, der einer guten Vorbereitung bedürfe. Die Verwaltung solle prüfen, ob man stadtauswärts zwei Busspuren implementieren könne.

Herr Lindemann sieht indes die Verwaltung im Recht. Eine Überplanung sei von der Entwicklung der Regio Tram abhängig. Zudem benötige eine Busspur einen speziellen Untergrund und es stelle sich aus seiner Sicht die Frage, ob die Jülicher Straße überhaupt noch leistungsfähig sei, wenn man hier eine Fahrspur wegfallen lasse.

Eine gute, alternative Radverkehrsrouten sei bereits parallel zur Jülicher Straße geplant, so dass hier auf der Jülicher Straße kein erweiterter Bedarf bestehe.

Herr Nositschka zeigt sich offen für den Vorschlag der weiteren Busspur. Er möchte von der ASEAG wissen, ob es hier derzeit Verspätungen gebe und zudem von der Verwaltung, ob man mit den derzeitigen Planungen denn die Zeit bis zur Regio Tram überbrücken könne.

Frau Driessen von der ASEAG berichtet, dass es sich zwar hier nur um einen kurzen Abschnitt handele, der jedoch eine hohe Taktung erfahre. Im Bereich der Rechtsabbiegespur am Blücherplatz gebe es durchaus Rückstaus, die zu Verspätung führten. Langfristig könnte man denen mit einer Mittellagenspur durchaus entgegen wirken.

Frau Roder schätzt eine Nutzung von rund zehn Jahren als realistisch ein, wenn man so verfare wie vorgeschlagen. Gegebenenfalls kämen noch einmal kleinere Unterhaltungsmaßnahme dazu, aber man müsse bedenken, dass man auch nur die oberen Schichten des Asphalts austausche.

Frau Strack möchte gerne wissen, ob die Haltestelle der Jülicher Straße separat beschlossen werde und ob Unterbrechungen der Leitschwellen für Rollstuhlfahrer*innen geplant seien.

MA/27/WP18

Ausdruck vom: 25.04.2023

Seite: 11/16

Frau Strehle erklärt, dass es jetzt um die Sanierung der Asphaltdecke gehe, sowie die anschließende Markierung. Die Haltestelle werde noch nicht beschlossen.

Die Leitschwellen an den Querungsstelle sähen Unterbrechungen vor.

Frau Strack konkretisiert, dass diese nicht nur an den Querungsstellen vorgenommen werden müssten, sondern auf der ganzen Strecke, was Frau Strehle verspricht mitzunehmen.

Herr van den Hurk appelliert an den Ausschuss, dass es dessen Aufgabe sei, sich mit solchen Planungen sorgfältig und prüfend auseinander zu setzen und formuliert einen geänderten Beschlussvorschlag.

Herr Radke sieht derzeit noch keine gute alternative Radroute parallel zur Jülicher Straße, wohingegen der Radverkehr deutlich zunähme. Bei den derzeitigen Planungen der Verwaltung könne der Überholabstand nicht eingehalten werden.

Ratsherr Blum sieht ebenfalls die Notwendigkeit einer Erneuerung.

Immerhin handele es sich hierbei um einen Autobahnzubringer. Er könne den erneuten Überprüfungs-vorschlag nicht nachvollziehen und werde dem Verwaltungsvorschlag folgen.

Herr Lindemann erinnert an die rund 60.000 Einpendler jeden Tag, die man am liebsten größtenteils auf die Regio Tram umsteigen lassen wolle. Er erinnert noch einmal an seine Fragen bezüglich der Leistungsfähigkeit der Jülicher Straße und des Untergrunds der Busspur.

Auch Herr Hofmann hält eine solche Überprüfung vor der RegioTram für nicht zielführend, eine Fahrspur zu streichen.

Ob die Gelder da seien, möchte Ratsfrau Breuer wissen, die der Verwaltung eine fachlich nachvollziehbare Alternative bescheinigt.

Frau Roder erläutert, dass wenn die Busse auf einer extra Busspur unterwegs wären, diese eine verstärkte Belastung unterliefe. Allerdings habe man bereits einen schwerlastverkehrtauglichen Asphalt aufgetragen. Bei der Alternative sei allerdings eine Sanierung vor Ablauf der 10 Jahre wahrscheinlicher.

Ratsherr Breuer erinnert daran, dass es sich lediglich um einen Prüfauftrag handele. Alle redeten von dem Thema „Starke Achsen“ und hier habe man die Gelegenheit diese prüfen zu lassen.

Herr Hofmann sieht indes Probleme wie beim Verkehrsversuch Adalbertsteinweg bezogen auf mögliche Rückstaus auf die Pendler*innen zukommen.

Frau Strehle weist im Zusammenhang mit dem geänderten Beschlussvorschlag daraufhin, dass auch eine erneute Beratung in der Juni-Sitzung keine zeitliche Verzögerung bedeute.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht zu Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung einer Markierung, die zusätzlich eine Busspur in Richtung stadtauswärts beinhaltet. Diese Variante wird in der Juni Sitzung des Mobilitätsausschusses zum Beschluss vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

11 Zustimmungen, 6 Ablehnungen

**zu 9 Kleinköln-, Minoriten- und Martinstraße- Freigabe der Einbahnstraßen für den Radverkehr
(Planungs- und Ausführungsbeschluss)**

Vorlage: FB 61/0649/WP18

zu 10 Sachstandsbericht Radentscheid

Vorlage: FB 61/0655/WP18

Nach einer Präsentation von Frau Rüdel zum Thema, stellt Herr van den Hurk die Frage, was die Prognose für das Ergebnis in acht Jahren sei? Wie lange brauche ein Komplettpaket.

Dies könne man derzeit nicht verlässlich sagen, beantwortet Frau Beigeordnete Burgdorff, da es für eine solche Aussage zu viele unabwägbare Faktoren gebe.

Es laufe bereits sehr viel hinter den Kulissen, betont Herr Lindemann. Man müsse sich nun über eine Klassifizierung der einzelnen Straßen im Klaren werden. Er erkundigt sich nach dem Sachstand der Netzbetrachtung.

Dies sei eine große Chance Zahlen zu generieren als eine Art Gerüst, ordnet Frau Beigeordnete Burgdorff ein.

Herr van den Hurk äußert sein Verständnis, dass die Verwaltung heute keine Zahlen liefern könne, er würde jedoch gerne den Auftrag formulieren, nach der Sommerpause eine zeitliche Prognose vorzustellen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

MA/27/WP18

Ausdruck vom: 25.04.2023

Seite: 13/16

**zu 11 Pilotversuch kleine Fahrradabstellanlagen im Quartier
Bürgerantrag zu gesichertem Fahrradparken im Johannistal
Vorlage: FB 61/0652/WP18**

**zu 12 Horbacher Straße in Richterich und Horbach: Querungsmöglichkeiten für den
Radverkehr
Vorlage: FB 61/0622/WP18**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und fasst den Planungs- und Ausführungsbeschluss für die Verbesserungen der Querungsmöglichkeiten für den Radverkehr in Richterich im Sinne der Variante 2 und für die beiden Ortseingänge in Horbach.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 13 Städtebaulicher Vertrag Geschwister-Scholl-Straße
Bereitstellung überplanmäßiger Mittel
Vorlage: FB 61/0651/WP18**

Frau Strehle gibt eine kurze Einleitung zur Historie der Maßnahme.

Ratsfrau Breuer möchte wissen, ob die überplanmäßige Bereitstellung haushaltsmäßig in Ordnung sei in Bezug auf die Verlagerung der Gelder von der Maßnahme Salierallee.

Frau Strehle bestätigt, dass man bei der Salierallee in diesem Jahr ganz eindeutig keine Gelder brauche.

Ratsfrau Breuer weist darauf hin, dass die Kosten im nächsten Jahr für die Maßnahme mit Sicherheit höher seien und dass der Haushalt dieses Jahr äußerst knapp sei.

Beschluss:

Der **Mobilitätsausschuss** empfiehlt dem Rat, für die Maßnahme „Städtebaulicher Vertrag-Geschwister-Scholl Straße“ bei PSP-Element 5-120102-000-11300-300-1 eine überplanmäßige Auszahlung im Haushaltsjahr 2023 i.H.v. 50.000,- € bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 14 Leitsystem auf Fußgängerübergangswegen, Tagesordnungsantrag der Fraktionen SPD und Grüne**Vorlage: FB 61/0656/WP18**

Frau Strack gibt an, dass sich ihr nicht erschließe, warum eine solche Möglichkeit nicht vorgesehen sei. Schließlich sei es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass auch Sehbehinderte Menschen sicher die Straße überqueren können müssten.

Herr Kempf erläutert, dass die StVO leider ganz explizit keine taktilen Systeme auf Fußgängerüberwegen zulasse.

Auf Herrn Nositschkas Nachfrage nach der Möglichkeit eines akustischen Signals erläutert Herr Müller, dass dieses ja immer nur ein Freigabesignal sein könne und somit für Überwege ungeeignet.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 15 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen schriftliche Mitteilungen der Verwaltung zu den Themen „Autobahn A544“ und „Baustellensituation in Aachen Haaren“ aus.

zu 16 Mehr Verkehrssicherheit an Grundschulen**Ratsantrag 225/18 der Fraktionen Grüne und CDU vom 08.02.2022****Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 06.04.2023**

Herr Müller gibt einen Sachstand zur Bereitstellung der Dialogdisplays an Grundschulen.

Bereits im November sei man in das Vergabeverfahren gestartet welches im Januar noch einmal zurückgezogen werden musste. Daraufhin sei im Februar ein neues Verfahren gestartet, zu dem es in Kürze eine Fraktionsinfo gebe.

Er gehe davon aus, dass in 10 bis 12 Wochen die Displays installiert werden könnten.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Nichtöffentlicher Teil

zu 1 Mitteilungen der Verwaltung: